



Landesjugendring NRW fordert die Rücknahme der Kürzungen im Landesjugendplan und die gesetzliche Absicherung der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in NRW

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat Ende Januar 2004 den Haushalt für die Haushaltsjahre 2004/2005 und damit die Ausstattung des Landesjugendplanes verabschiedet. Die Jugendverbände in NRW sollen mit einer Kürzung von weit über 30% harte Einschnitte hinnehmen. Die Jugendverbände als Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche in NRW werden erheblich geschädigt; wesentliche Aktivitäten und Angebote können nicht mehr durchgeführt werden.

Die Jugendverbände in NRW kritisieren die Entscheidung des Landtags als eine kurzsichtige und kurzatmige Sparpolitik, die Unsicherheit fördert und insbesondere jungen Menschen jegliches Vertrauen in politisches Handeln und die eigene Zukunft nimmt. Der Bereich der Jugendarbeit ist jedoch weder für die Haushaltsdefizite verantwortlich, noch eignen sich Kürzungen bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen überhaupt als Einsparoption für öffentliche Haushalte!

Wesentliche Aufgaben von Jugendverbandsarbeit sind in hohem Maße durch die Kürzungen im Landesjugendplan betroffen: Maßnahmen zu politischer, sozialer und interkultureller Bildung, Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche sowie Qualifizierungsangebote für ehrenamtliche und hauptamtliche Fachkräfte können nicht mehr stattfinden oder müssen deutlich eingeschränkt werden. So wurde bspw. die finanzielle Unterstützung für internationale Jugendarbeit und Gedenkstättenfahrten komplett gestrichen - obwohl sich an der Aktualität und Notwendigkeit des Aussöhnungsgedankens in Europa angesichts von latentem Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nichts geändert hat.

Die Landesregierung beabsichtigt mit ihrem Konzept der Schule als „Haus des Lernens“ die Kooperation von Jugendhilfe und Schule zu fördern mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche in allen Entwicklungsbereichen zu begleiten, bestehende Barrieren abzubauen und gleiche Chancen durchzusetzen. Dazu sollen Jugendhilfe und Schule ihre jeweils eigenen Stärken einbringen. Durch die nicht gegebene Planungssicherheit für Projekte der Jugendhilfe in Schulen sind einige Verbände allerdings dazu gezwungen, ihre bestehenden und erfolgreich arbeitenden Angebote einzuschränken oder aufzulösen. Wenn die Infrastruktur der Jugendverbände als Anbieter von außerschulischer Kinder- und Jugendbildung schon im Vorfeld zerschlagen wird, steht ihre Beteiligung als verlässliche Partner und damit der Erfolg des Konzepts „Haus des Lernens“ eindeutig in Frage.

Die Jugendverbände in NRW fordern daher die Landesregierung auf,

- die Kürzungen im Landesjugendplan vollständig zurück zu nehmen und
- eine gesetzliche Absicherung der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in NRW zu beschließen mit dem Ziel, die Förderung aller jungen Menschen im Sinne der §§ 11-14 SGB VIII in NRW rechtsverbindlich zu gewährleisten.